



Landkreis Rotenburg (Wümme)

Der Landrat

Niederschrift

über die
öffentliche/nicht öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung
am 28.06.2011
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Volker Kullik
Abg. Bernd Wölbern
Abg. Heinz-Günter Bargfrede
Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Detlef Cordes
Abg. Dr. Peter Fröhlich
Abg.e Barbara Frömming
Abg. Rudolf Kahrs
Abg. Thomas Lauber
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Klaus Mangels
Abg. Bernd Petersen
Abg. Reinhard Trau

Vertretung für Abgeordneten Angelus Pape

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Reinhold Becker

Verwaltung

Landrat Hermann Luttmann
Erster KR Dr. Torsten Lühring
Herr Jürgen Cassier
Herr Gert Engelhardt
Herr Gerd Hachmüller
Herr Helmut Neiß
Frau Ulrike Jungemann
Herr Rainer Meyer

Entschuldigt: Kreisnaturschutzbeauftragter Werner Burkart

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 15. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung am 11.05.2011
- 4** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5** Informationen des LBEG zum geplanten Fracking der Erdgasbohrung Höhnsmoor Z 1 zwischen Rotenburg und Westerholz
- 6** Zukünftige Nutzung des kreiseigenen Pavillons am Großen Bullensee in der Gemarkung Kirchwalsede
Vorlage: 2006-11/1157
- 7** Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2005 für den Landkreis Rotenburg (Wümme)
hier: Abschließende Beratung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 2006-11/1150
- 8** 2. Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet "Grafeler Holz, Hamerloh und Lintel"
Vorlage: 2006-11/1158
- 9** Antrag des Kreistagsabgeordneten Dr. Fröhlich vom 22.08.2010 zur Erhaltung von Acker-
randstreifen an landwirtschaftlichen Wegen
Vorlage: 2006-11/1118
- 10** Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 16.05.2011: Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes
Vorlage: 2006-11/1156
- 11** Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 12** Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Wölbern eröffnet um 14:35 Uhr die Sitzung, begrüßt

Abgeordneter Wölbern erklärt, seine Fraktion ziehe die Punkte 2 und 3 des Antrages zurück. Ob ein externes Institut oder Büro beauftragt und wie viel Geld bereitgestellt werde, solle vom neuen Kreistag entschieden werden.

Landrat Luttmann bittet, in Punkt 4 des Antrages auf die unverzügliche Stellung von Förderanträgen zu verzichten.

Beschlussvorschlag:

1. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) entwickelt ein Energie- und Klimaschutzkonzept, welches Informationsgrundlagen und Handlungsempfehlungen für eine abgestimmte Strategie in der Energie- und Klimaschutzpolitik des Landkreises erarbeitet. Insbesondere werden die Ausgangsbedingungen und Potenziale für die Anwendung von erneuerbaren Energien, für die Einsparung von Energie und für Technologien zur Effizienzsteigerung sowie der Stand der dezentralen Energiewirtschaft im Landkreis Rotenburg (Wümme) erhoben und bewertet. Es wird ein Leitbild und ein Energieszenario für die Entwicklung bis 2050 entworfen.
2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, nach Fördermöglichkeiten für das Konzept zu suchen, insbesondere im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative des BMU.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.06.2011 zur Deponie Haaßel**

Nachdem der **Ausschussvorsitzende Kullik** die Sitzungsleitung an den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Wölbern übergeben hat, begründet er den Antrag. Unter den jetzigen Voraussetzungen solle sich der Landkreis an weiteren Planungen für eine Deponie am Standort Haaßel nicht mehr beteiligen. Zunächst sei zu prüfen, welcher Bedarf überhaupt für eine Deponie im Landkreis bestehe, auch hinsichtlich Art, Größe und Laufzeit. Zudem müsse geklärt werden, wer eine eventuell notwendige Deponie betreiben solle - der Landkreis in Eigenregie oder private Entsorgungsträger – und wo ein geeigneter Standort dafür sei.

Abgeordneter Bargfrede erinnert daran, dass Ende 2009 nach einem einstimmigen Beschluss des Kreistages ca. 10,7 ha Kreisflächen in der Gemarkung Haaßel zwecks Deponienutzung an die Firma Kriete verkauft worden seien. Unmittelbar nach der Verkaufsentscheidung des Kreistages habe die Kreisverwaltung ein Zielabweichungsverfahren durchgeführt, da die betroffenen Flächen im Regionalen Raumordnungsprogramm als „Vorranggebiet für Natur und Landschaft“ ausgewiesen seien. Für die Zielabweichung sei das Benehmen mit Samtgemeinde und Gemeinde Selsingen hergestellt worden. Erst nach Einleitung des Planfeststellungsverfahrens im März 2011 sei das geplante Vorhaben in die Kritik geraten. Das beim Gewerbeaufsichtsamt beantragte Deponievolumen, die Zahl der täglichen Transporte und die nach den Planfeststellungsunterlagen vorgesehenen Abfallarten würden erheblich von dem 2009 vorgestellten Konzept abweichen. Der Kreisausschuss habe daraufhin am 17.05.2011 beschlossen, ein noch im Kreiseigentum stehendes Grundstück im südlichen Plangebiet für eine Deponie gleich welcher Art zum jetzigen Zeitpunkt nicht zur Verfügung zu stellen. Außerdem sei beschlossen worden, die Eintragung einer Baulast für die Erschließung der südlichen Flächen zu verweigern. Die sogenannte „große Lösung“ sei mit dieser Stellungnahme vom Tisch. Nun seien die Firma Kriete und das Gewerbeaufsichtsamt am Zuge. Zunächst bleibe abzuwarten, welche Ergebnisse die geplanten Gespräche aller Beteiligten am Runden Tisch bringen würden. Es gelte, dieses Treffen nicht mit Anträ-

gen zur Sache zu befrachten. Die von der SPD-Fraktion im Eilantrag aufgeworfenen Fragen sollten auf die Tagesordnung, wenn 2012 über die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes beraten werde.

Ausschussvorsitzender Kullik sagt, der Kreistag habe durch seine Entscheidung, Flächen in der Gemarkung Haaßel an die Firma Kriete zu verkaufen, die derzeitige Situation ermöglicht. Es gelte nunmehr, die Fehlentwicklungen zu korrigieren. Die Kreisverwaltung solle am Runden Tisch auch nicht für eine „kleine Lösung“ eintreten. Eine Bearbeitung der im Antrag genannten Punkte sei vordringlich und könne nicht erst bei der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes erfolgen.

Landrat Luttmann betont, der Bedarf für eine Deponie der Klasse I sei geprüft worden. Die Entsorgung von leicht bis mäßig belasteten Böden sei seit Jahren problematisch, weil es im Landkreis an ausreichendem Deponieraum fehle, in denen dieses Material entsorgt werden könne. Dies sei dem Landkreis von mehreren Tiefbauunternehmen mitgeteilt worden. Das Niedersächsische Umweltministerium habe im Zielabweichungsverfahren erklärt, dass ein Bedarf an zusätzlichen Deponiekapazitäten der Klasse I bestehe, was uneingeschränkt auch auf das Entsorgungsgebiet des Landkreises Rotenburg (Wümme) zutreffe. Auch im Abfallwirtschaftsplan Niedersachsen werde der Bedarf – entgegen der Aussage des NABU-Vorsitzenden Baumert – sehr wohl gesehen. Wenn sich der Landkreis – wie von der SPD beantragt - an weiteren Planungen für eine Deponie am Standort Haaßel nicht beteilige, finde das Verfahren ohne den Sachverstand der Kreisverwaltung statt. Dies könne nicht ernsthaft gewollt sein.

Abgeordneter Lüdemann fügt hinzu, dass nicht der Landkreis, sondern das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt über die Genehmigung der Deponie entscheide. Der Landkreis habe damit gar keine Möglichkeit, aus eigener Macht das derzeitige Genehmigungsverfahren anzuhalten. Mit dem Antrag der SPD-Fraktion könne eine Deponie weder verhindert noch verzögert werden.

Abgeordneter Petersen sagt, der Bedarf für eine Bauschuttdeponie sei durchaus erkennbar. Ziel müsse sein, eine illegale Entsorgung von Bauschutt in der freien Landschaft zu verhindern. Man müsse bei der Planung einer solchen Deponie aber über die Kreisgrenzen hinwegschauen und mit den Nachbarlandkreisen kooperieren. Daher sei ein neues Suchraumverfahren erforderlich.

Ausschussvorsitzender Kullik bekräftigt seine Auffassung, wonach im Zusammenhang mit der geplanten Deponie in Haaßel zunächst grundsätzliche Fragen zu prüfen und zu bearbeiten sind. Er modifiziert den Eilantrag aber insofern, als die einleitende Formulierung wie folgt lauten solle: *„Eine Deponie gleich welcher Art wird am Standort Haaßel zum jetzigen Zeitpunkt vom Landkreis nicht unterstützt, bis folgendes geprüft bzw. bearbeitet ist: (...)“*

Abgeordneter Lauber ist der Meinung, dass im Landkreis anfallender belasteter Erdaushub und Bauschutt grundsätzlich auch im Kreisgebiet entsorgt werden solle. Noch nicht abschließend geklärt sei für ihn die Frage, wer als Träger von Deponieprojekten in Betracht komme. Er schlage vor, die Standortuntersuchung zur Hausmülldeponie Haaßel aus den 1980er Jahren nochmals zu überprüfen und die seinerzeit angewandten Kriterien transparent zu machen. Wenn die Überprüfung ergebe, dass Haaßel ein geeigneter Deponiestandort sei, könne er die „kleine Lösung“ akzeptieren.

Erster Kreisrat Dr. Lühring weist darauf hin, dass der Landkreis zivilrechtlich keine Möglichkeit habe, die „kleine Lösung“ zu verhindern, da die Eintragung einer Baulast zugunsten der verkauften nördlichen Flächen nicht verweigert werden könne. Es wäre vertragstreuwidrig, erst ein Grundstück zu verkaufen und dann die Erschließung zu verweigern.

Ausschussvorsitzender Kullik beantragt sodann, den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.06.2011 in folgender Fassung zu beschließen:
„Eine Deponie gleich welcher Art wird am Standort Haaßel zum jetzigen Zeitpunkt vom Landkreis nicht unterstützt, bis folgendes geprüft bzw. bearbeitet ist:

1. Welcher Bedarf für eine Bodendeponie im Landkreis besteht? („Bauschuttdeponie“/ Deponie Klasse I, benötigte Flächengröße, benötigtes Deponievolumen, jährliches Aufkommen, Deponielaufzeit, „Landkreisdeponie“/überregionale Deponie)
2. Wer betreibt eine eventuell notwendige Deponie? (Landkreis in Eigenregie oder private Investoren)?
3. Ein neues Suchraumverfahren“

Abgeordneter Bargfrede beantragt namens der CDU/FDP-Gruppe folgenden Beschlussvorschlag:

„Der Landkreis nimmt zur Deponie Haaßel Stellung, wenn ein neuer konkreter Antrag vorliegt und vom Gewerbeaufsichtsamt ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt wird. Vorher werden keine positiven Signale ausgesendet. Fragen hinsichtlich einer möglichen eigenen Bauschuttdeponie des Landkreises werden im Ausschuss für Abfallwirtschaft im Rahmen der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Landkreises behandelt.“

Beschluss:

Der modifizierte Antrag der SPD-Kreistagsfraktion wird mit 6 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der vom Abgeordneten Bargfrede gestellte Antrag wird einstimmig empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	7
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	6

Ausschussvorsitzender Kullik übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Punkt 12 der Tagesordnung: **Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

b) nichtöffentlicher Teil

Punkt 13 der Tagesordnung: **Berichte und Anfragen**

Es liegen keine Berichte und Anfragen vor.

Ausschussvorsitzender Kullik schließt um 17:10 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer